



Erst vor zwei Wochen, am Frauentag, wiesen Feministinnen und Feministen weltweit auf die zahlreichen Angriffe gegen Frauen hin.

## Fünfter Frauenmord in diesem Jahr

In Salzburg wurde eine 22-jährige Frau erstochen, ihr Ehemann verhaftet. 2020 nahmen die Morde an Frauen zwar ab, andere Zahlen untermauern aber das Ausmaß an Gewalt, dem viele ausgesetzt sind.

Lara Hagen, Stefanie Ruep

Es ist heuer bereits der fünfte Femizid in Österreich. In der Nacht auf Montag soll ein 26-jähriger Serbe im Salzburger Stadtteil Schallmoos die 22-jährige Mutter seiner Kinder mit mehreren Messerstichen getötet haben. Gegen den Mann bestand bereits seit Dezember 2020 ein Betretungs- und Annäherungsverbot wegen fortgesetzter Gewaltausübung.

Die beiden gemeinsamen Kinder schliefen in der Wohnung. Nach der Tat versteckte der Mann die Leiche der 22-Jährigen in der Bettlade der Couch. Er rief ein Kindermädchen, das auf die Kinder im Alter von sieben Monaten und drei Jahren aufpasste. Anschließend fuhr er zur Polizeiinspektion am Salzburger Hauptbahnhof, stellte sich der Polizei und gestand die Tat. Er wurde wegen des Verdachts des Mordes festgenommen.

Bei seiner Einvernahme zeigte sich der 26-Jährige umfassend geständig. Es sei zum Streit wegen der bevorstehenden Scheidung gekommen. Daraufhin dürfe er mit einem Küchenmesser auf seine von ihm getrennt lebende Ehefrau losgegangen sein. Die Leiche wies mehrere Stiche im Oberkörper und am Hals auf. Am Montag wurde die Leiche

obduziert. Die Kinder wurden in die Obhut der Großeltern übergeben.

Der Fall reiht sich in eine Reihe anderer schrecklicher Morde beziehungsweise Mordversuche an Frauen ein. Erst vor etwas mehr als zwei Wochen wurde in Wien eine 35-jährige Trafikantin bei der Arbeit mit Flüssigkeit überschüttet und angezündet. Ihr Ex-Partner wurde festgenommen und legte mittlerweile auch ein Geständnis ab.

Die Frau befindet sich weiterhin in medizinischer Behandlung. Ihre Familie hat nun einen Spendenaufruf gestartet, da aufgrund des monatelangen Spitalsaufenthalts ihr gesamtes Einkommen wegfällt, außerdem werde die Frau auch nach ihrer Entlassung ständige Pflege, Rehabilitation und eine behindertengerechte Wohnung benötigen, heißt es in dem Aufruf. Bei dem Mordversuch seien 50 Prozent der Hautoberfläche der 35-Jährigen verbrannt.

Nur zehn Tage vor dem Brandangriff überlebte eine 28-jährige Frau in Wien-Favoriten einen Angriff ihres 29-jährigen Lebensgefährten nicht, sie wurde erwürgt. Dabei hatte die Frau kurz vor Mitternacht die Polizei gerufen, leicht verletzt nach einem Streit mit ihrem alkoholisiert-

ten Partner, der wegen mehrerer Gewaltdelikte bereits amtsbekannt und vorbestraft war. Die Polizei wollte gegen den Mann ein Betretungsverbot aussprechen, eine Fahndung nach dem 29-Jährigen blieb allerdings ohne Erfolg.

Die Exekutive war deswegen in der Folge in Kritik geraten. Maria Rösslhuber vom Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser meinte etwa, dass die Polizei die Frau nach deren Anruf hätte schützen müssen, solange der Verdächtige nicht gefasst war. Die Expertin forderte anlässlich des tragischen Falles, genauer hinzuschauen und Polizeibeamte besser zu schulen. Die Gesetze in Österreich seien nämlich gut.

### Mehr Gefährder

Gemeint ist damit das Gewaltschutzgesetz und im Speziellen die Betretungs- beziehungsweise Annäherungsverbote, die hier festgeschrieben sind. 2020 lag die Zahl dieser ausgesprochenen Verbote monatlich recht konstant bei etwa 1000 Fällen – insgesamt wurden 11.652 Betretungs- bzw. Annäherungsverbote im ersten Corona-Jahr ausgesprochen, wie aus der aktuellen Kriminalstatistik hervorgeht.

Deutlich ist der Anstieg bei den weggewiesenen Gefährdern: 2019 waren das insgesamt 8254, letztes Jahr 9689.

Spricht die Polizei ein Betretungsverbot aus – das kann sie laut Gewaltschutzgesetz sofort tun –, müssen die gewalttätigen Männer 100 Meter von der Wohnung Abstand halten, bei einem Annäherungsverbot auch von der zu schützenden Person in der Öffentlichkeit.

Regional gibt es teilweise starke Unterschiede, was den Anstieg der Zahlen betrifft: Im vergangenen Jahr sprach die Polizei in Vorarlberg beispielsweise 339 Betretungs- und Annäherungsverbote aus. Das sind zwölf Prozent mehr als 2019. Noch deutlicher nahmen die Zahlen im Lände in diesem Jahr zu. Im Jänner und Februar kam es zu 61 Betretungs- und Annäherungsverboten: ein Plus von 60 Prozent.

Häusliche Gewalt wurde auch in Oberösterreich mehr und massiver, 2020 betreute das dortige Gewaltschutzzentrum um acht Prozent mehr Klienten als im Jahr davor.

Bei den Morden an Frauen gab es 2020 österreichweit einen Rückgang: 31 Frauen wurden ermordet, 2019 waren es 39 und im Jahr davor, 2018, 41.

## Corona dämpft das Freiheitsgefühl nicht wesentlich

„Freiheitsindex“ der Neos zeigt Demokratiezweifel

Wien – Seit 2018 lassen die Neos vom Meinungsforschungsinstitut Sora jährlich ihren „Freiheitsindex“ erheben. In den beiden ersten Jahren war das Ausmaß der empfundenen Freiheit konstant: Drei Viertel der Befragten gaben an, sich frei oder eher frei zu fühlen. Dann kam 2020, mit ihm die Pandemie und die daraus folgenden Einschränkungen – und immer noch antworten zwei Drittel der Menschen: Sie fühlen sich (eher) frei.

2188 Personen wurden im August und September 2020 befragt, im Jänner und Februar 2021 wurde bei einer kleineren Stichprobe noch einmal nachgefragt. Die Ergebnisse sind laut Sora repräsentativ für die österreichische Bevölkerung.

Wesentliche Unterschiede werden deutlich, wenn man den wirtschaftlichen Hintergrund der Befragten berücksichtigt: Jene 36 Prozent der Personen, die mit ihrem Einkommen sehr gut auskommen und sich finanziell ausreichend abgesichert fühlen, bewerten verschiedene Freiheitsfaktoren im Schnitt mit 6,6 auf einer Skala von null bis zehn. Für die 22 Prozent der Befragten, die sich schlecht abgesichert fühlen, liegt dieser Wert dagegen nur bei 4,1.

Beunruhigende Zahlen liefert der pinke Freiheitsindex für die Einstellung zur Demokratie: Ganze 22 Prozent finden, „die Bundesregierung braucht jetzt freie Hand – auf die Demokratie kann dabei keine Rücksicht genommen werden“.

Einen sinkenden Trend beobachten die Sora-Forscherinnen und -Forscher beim Vertrauen in die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung. Hielten bei der Befragung im Spätsommer 2020 noch mehr als zwei Drittel der Befragten die Regeln für wissenschaftlich gut begründet, waren es im Frühjahr 2021 nur noch etwas weniger als die Hälfte.

### Debatte um Sozialsystem

Für Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger sind die Einschätzungen zu den Demokratiefragen „ganz schwierige Nachrichten, sag ich ganz ehrlich“. Aber auch die unterschiedlichen Antworten je nach ökonomischem Status sollten ihrer Meinung nach zu denken geben.

Das Arbeitslose und Selbstständige stärker von der Krise betroffen sind, sei zwar nicht überraschend, aber in der politischen Debatte immer noch nicht genug berücksichtigt. Mittelfristig müsse man über die „sozialen Sicherungssysteme in Österreich“ sprechen, sagt Meinel-Reisinger. (sefe)

KIND? GEMEINDET